

Anne Alex/ Perspektiven längerfristigen politischen Widerstands

1. Wieso ist Nachdenken über langfristigen politischen Widerstand unerlässlich?

Die rot-grüne Bundesregierung hat unter dem Druck der Arbeitgeber langfristig eine Politik der dramatischen Verschlechterung der Lebensverhältnisse eingeleitet.

Andauernde Proteste unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen haben begonnen. Dennoch ist nicht anzunehmen, dass die Bundesregierung gerade beschlossene Gesetze zurücknimmt oder abmildert, zumal sie unter dem Druck von Parteien steht, die z.B. Sozialversicherung in ihrer jetzigen Form quasi ganz abschaffen wollen. Erfahrungsgemäß passierte eine Rücknahme von Gesetzen nur in einem prominenten Fall: und zwar bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle.

Die SPD verliert massenhaft Mitglieder, die ihren politischen Kurs nicht mehr mittragen wollen. Ihre Glaubwürdigkeitskrise führt in einen existenziellen Zukunftskonflikt. Viele SPD-Politiker können oder wollen nicht wahrhaben, dass der Abbau von Rechten und Leistungen in den Sozialversicherungen zur Verbreiterung von Armut und Obdachlosigkeit führt, sie lavieren mit dem „Leere-Kassen-Argument“. Wenige prominente SPD-GewerkschafterInnen versuchen derzeit im Vermittlungsausschuss eine völlige Unwirksammachung der Tarifverträge zu verhindern. Sie sind nicht bereit, heute als konservativ bezeichnete Errungenschaften wie, z. B. den Sozialstaat aufzugeben.

Ich gehe davon aus, dass die Hartz-Gesetze und die anderen AGENDA 2010-Gesetze greifen werden – wenn nicht ab nächstem, dann ab übernächstem Jahr. Die Folge ist ein Wegrutschen der Standards der Tarifverträge sowie der vertraglich und nicht vertraglich vereinbarten Erwerbsarbeit. Das bewirkt nicht allein ein erhöhtes Armutsrisiko und Entsicherung, sondern eine Kriminalisierung von Erwerbslosen und extreme Unterbringungsverhältnisse.

In der Diskussion der verschiedenen Linken scheint derzeit eine politische Widerstandsorientierung wenig aussichtsreich zu sein. Die parlamentsbezogene Losung „Schröder muss weg“ führt in die politische Sackgasse. Die klitzekleine Möglichkeit der Stärkung sozialer Kräfte in der SPD ist derzeit wenig realistisch. Eine tatsächliche große Koalition im Bund oder eine unionsgeführte Regierung würde zu einer noch antisozialeren Politik führen. Aber billigt nicht diese Sichtweise ausschließlich dem Parlament die „Macht“ von Veränderungen zu? Bewirkt sie nicht zugleich auch, dass allein der Gedanke an die Entwicklung und Wirksamkeit einer außerparlamentarischen Opposition von vornherein unterbunden wird?

Wegen einer faktischen großen Koalition im Bund besteht derzeit keine Möglichkeit, auf eine verlässliche Partei zu setzen, die die Interessen der Erwerbsarbeitenden, Erwerbslosen, Studierenden oder RentnerInnen vertritt. Fast egal ist, wer die nächste Bundestagswahl gewinnt. Denn eine Alternative im Parlament ist bis 2006 jedenfalls nicht in Sicht. Und 2006 ist noch eine Weile hin.

Wer soll sonst für Verbesserungen streiten? Wenn wir diese Frage für uns beantworten, muss klar sein, dass unser politischer Widerstand „einen längeren Atem“ und eine politische Richtung braucht.

2. Was heißt es, „politische Langfristperspektive“ zu suchen?

Grundlegende Defizite bei den Demoauswertungen bzw. der ersten Vorbereitungskonferenz zeigen sich in der inhaltlichen Debatte zur Suche nach Perspektiven und der Diskussion einer politischen Strategie für eine längerandauernde Bewegung gegen Sozialkahltschlag.

Erforderlich ist eine kritisch, realistische wirtschafts- und sozialpolitische Analyse und Prognose der Situation, wie sie mit den Hartz- und AGENDA 2010 - Gesetze eintreten wird und Ausführungen dazu, warum diese Entwicklungen in eine andere Republik führen.

Reicht es aus, die Protestbewegung künftig nur auf Großdemonstrationen oder bundesweite Protesttage zu lenken? Kann das Nebeneinander von Protesten vieler verschiedenartig Betroffener überhaupt zu partiellen Erfolgen führen? Oder muss es für längerfristigen Widerstand nicht um eine Bündelung und Koordinierung politischer Proteste gehen?

Wer längerfristigen politischen Widerstand für erforderlich hält, muss sich auch folgende Fragen stellen:

- Was kann eine politische Zielperspektive der Bewegung und ihres Protestes sein? Wofür setzt sich die Bewegung ein? Was können übergreifende Kampagnen sein? Geht es nur um Abwehrkämpfe oder nicht auch um Verbesserung der heutigen Zustände, z. B. Sozialhilferecht und Sozialhilfepraxis?
- Tragen bisher diskutierte Alternativen der neu entstehenden sozialökonomischen Situation von Beschäftigten, Erwerbslosen, Studierenden und RentnerInnen noch Rechnung? Oder müssen sie nicht entsprechend neuer sozialökonomischer Bedingungen diskutiert und zugeschnitten werden?
- Sind politische Proteste auf 2-3 Hauptziele oder ein Bündel von Mindestlebensstandards zu richten? (*Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohn- und Personalausgleich, garantiertes und bedingungsloses Grundeinkommen, gesetzlicher Mindestlohn, kostenloses Studium*)
- Wer trägt den Widerstand und wer sind die Bündnispartner? Rhein-Main-Bündnis, Wolf/Hajek, Unterzeichner des Berliner Perspektivpapiers u.a. setzen auf Widerstand „von unten“ ohne Parteien. Ein alter Spontispruch besagt: : „Wenn Wahlen etwas ändern würden, dann wären sie verboten!“ Aber ist eine außerparlamentarische Bewegung hinreichend für politischen Widerstand?
- Auf welche Zeiträume müssen politische, im Kern sozialpolitische Proteste angelegt sein? Gibt es bestimmbare Etappen?

3. Wie kann längerer Widerstand konkret aussehen?

Obwohl ich z.B. den Berliner Ansatz „*Berlin von unten gegen die Ehrenwerte Gesellschaft*“ mit der Forderung, bei den Haushaltsberatungen Berlin lahm zu legen, sehr unterstütze, meine ich, dass eine Organisation politischen Widerstands für Zeitabschnitte von eins, zwei, drei, vier Monaten oder auf Eintagsfliegen wie Großdemos nicht mehr ausreicht. Politische Proteste in Unternehmen, an der Uni, auf der Strasse, im Arbeitsamt oder anderswo unter der Losung „*Der Umsetzung von Hartz und Agenda 2010 entgegenzutreten, weitere Angriffe abwehren, eigene Forderungen durchsetzen!*“ können m. E. erst in vielen Jahren, z. B. bis 2010 erfolgreich sein. Denn Parlamente und Arbeitgeber werden nur durch dauerhaften Druck und wegen konkreter Forderungen punktuell einlenken. Auch ist es m. E. nur mittelfristig möglich, vernetzten Widerstand lokaler, regionaler und bundesweiter Bündnisse zu organisieren und neue Alternativen zu finden.

Erste Gedanken stelle ich zur Diskussion:

Ein erster Schritt kann bis Ende Juni/Dezember 2004 gehen. Ziel dieser Etappe ist es, Regierung und den Arbeitgebern zu zeigen, dass wir kampfflos nicht bereit sind, unsere Lebensstandards aufzugeben. Inhalt ist ein Aufklärung, Gegeninformation, Überlegungen zur Unterlaufung der Gesetze, Bildhaftmachung von drohenden Lebensverhältnissen, einer kollektiven und öffentlichen Vorbereitung von Prozessen. Eine Kampagne unter der Losung: „**Unsere Kohle kriegt ihr nicht!**“, könnte verschiedenste Proteste verbinden.

Ein zweiter Schritt ist ab Mitte/ Ende 2004 bzw. übers Jahr 2005 denkbar. Ziel wär es, öffentlich die Folgen der Hartz - Gesetze und der AGENDA 2010 zu skandalisieren. In dieser Phase sind Gesetzesunterlaufungen zu verallgemeinern, konkrete gemeinsame Forderungen zu erarbeiten und öffentlich zu machen und Erfolge im Kampf um die Verbesserung der Lebenslage zu verbreiten. Ein Kampagnentitel könnte sein: „**Wir holen uns, was wir brauchen!**“

Ein dritter Schritt folgt von Ende 2005 über's Jahr 2006. Ziel kann sein, eine andauernde kreative und inhaltlich besetzte Unruhe im Land zu erzeugen. Die nächste Regierung muss von Beginn an unfähig sein, die Daumenschraube der sozialpolitischen Zumutungen weiter anzuziehen. Parteien müssen punktuell - sogar vor den Wahlen - zu Zugeständnissen genötigt werden. Ein Kampagnentitel könnte sein: „**Wir geben keine Ruhe, bis es nicht soziale Mindeststandards für alle gibt!**“